



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0896890

2/XV/218 - 23. September 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Wahltagst?</u> Zur inneren Situation der CDU	111
3 - 4	<u>Herbstmanöver in Österreich</u> Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	69
5 - 6	<u>Luftmesse im Aufbau</u> Von Dr. Paul Bleiss, MdB	71
7	<u>Ein Schandfleck im Zonenrenzgebiet</u> Niedersachsens Vierjahresprogramm zur Barackenbeseitigung	38

* * *
* *

Wahlangst ?

sp - Die bisherigen Maßnahmen und Beschlüsse der sozialdemokratischen Führung zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes haben offenbar eine Art Wahlangst bei ihren politischen Gegnern hervorgerufen. Anders ist die dort seit einiger Zeit zu beobachtende Nervosität und die dabei zum Ausdruck kommende Besorgnis nicht zu verstehen, die CDU werde dem Wähler - im Gegensatz zu früheren Wahlen - im kommenden Wahlkampf unterliegen sein. Es ist geradezu, als sei die Honoratiorenschaft der langjährigen Regierungspartei plötzlich aufgeschreckt von der Angst und Sorge, dass sie sich nicht mehr auf eine von vornherein überlegene Position im Schatten ihres Führers und Regierungschefs stützen kann. Man besinnt sich darauf, dass es doch im Grunde Adenauer war, und nicht die Partei, den die Wähler ab 1953 wählten, und man verweist darauf, dass es auf die Stimmen jener Minderheit ankomme, die dem vermutlichen Regierungschef, nicht aber einer Partei gelten. Sie, so heisst es, werden die Entscheidung bringen.

Nun hat die SPD als Kandidaten für das Amt des Regierungschefs einen Mann vorgestellt, der es nach einer Analyse, veröffentlicht in einer der CDU nahestehenden Monatsschrift "an Volkstümlichkeit mit Adenauer aufnehmen kann": Willy Brandt. Seine "Beliebtheit scheint unangreifbar ...". Er ist "Regierender Bürgermeister von Berlin", sieht gut aus und hat, "wer wollte es leugnen, Mut und Klarheit gezeigt". Brandt gelte als ein "Typ, der keine Neigung zu beunruhigenden Experimenten" zeige, er stehe in dem Rufe, "gemässigt zu sein". Seine "Erfolge im Ausland, aber auch in der Bundesrepublik", so kann man lesen, seien die eines "ausgezeichneten public-relations-managers". Schliesslich sei Brandt jung - "im Vergleich zu dem alten Herrn, der die Geschichte der Bundesrepublik gegenwärtig betreut".

Adenauer dagegen, so gesteht man sich in CDU-Kreisen ein, "ist an die Grenzen seines Vermögens gestossen". Sein "Nimbus hat an Leuchtkraft nicht mehr zugenommen", seine "Anziehungskraft" nimmt ab. Zudem werfe "sein hohes Alter ... ganz von selbst die Frage auf, wer (und was) nach ihm kommen soll" und ob die Partei nicht genötigt sein werde, "aus Rücksicht auf das Verlangen der Wähler" einen Eventual- und Nachfolgkandidaten herauszustellen. Man solle "schleunigst darangehen, eine zweite Kandidatur aufzubauen", für die als einziger möglicher Kandidat Ludwig Erhard erscheint. Zwar werde dessen Fähigkeit zur Aussenpolitik in Frage gestellt, aber das fechte die ihm sympathischen Gesinnungen nicht an; Erhard, der Mann des "Wirtschaftswunders", strahle Dynamik aus, er ersetze durch Churchill-Zigarre und Wohlbeleibtheit, was ihm Willy Brandt an männlich gutem Aussehen voraus habe. Dass Adenauer ihn schlecht behandelt und unverdient zurückgesetzt habe, könne im übrigen "besonders die Frauen ... für ihn einnehmen". Auf jeden Fall mache es die "bedrohliche Popularität des sozialdemokratischen Spitzenreiters" nötig, "auch den zweiten Mann der CDU/CSU propagandistisch aufzubauen", möge er nun Erhard heissen oder nicht. Sonst entstehe ein schweres Hindernis für die Wahl: Jung gegen Alt, Zukunft gegen Vergangenheit, Urenkel gegen Urgrossväter, jugendlicher Held gegen Patriarch könnten zu ihren Parolen werden.

Die hier ausgesprochenen Feststellungen galten der Lage der CDU, wie sie aus der Kanzler-Kandidatur Willy Brandts entstanden ist. Aber es gibt in der Partei auch weitverbreitete Besorgnisse hinsichtlich der organisatorischen und politischen Ausgangsposition. Kürzlich befasste sich ein Mitarbeiter des Industrie-Instituts in der erwähnten Bonner

Zeitschrift mit dieser Frage. Als besonderer Kenner der SPD teilte er seinen Parteifreunden mit, dass die SPD schon 1959 einen "erstaunlichen Propaganda-Aufwand" betrieben habe und zählt sogar einzelne Werbemittel und deren Auflagen auf. Er fügt hinzu, "die Bedeutung der umfangreichen, ständigen Werbearbeit der Sozialdemokratie" könne gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Grundsatzprogramm der SPD, im November 1959 verabschiedet, wird von ihm als "neue Plattform" für den Wahlkampf hervorgehoben. Ferner wird die Aufmerksamkeit auf das Bemühen der SPD gelenkt, mit den Verbänden im "vorpolitischen Raum" durch Gespräch und Diskussion in engere Fühlung zu gelangen; die Gespräche mit Vertretern der Konfessionen hätten "weiteste Beachtung" gefunden.

Was, so wird dann gefragt, habe die CDU diesen Aufwand der SPD und ihren Bemühungen um eine Eroberung oder zumindest Neutralisierung des Vorfeldes entgegenzuwirken? Die CDU/CSU sei keine Massenpartei wie die SPD; darum sei sie geradezu angewiesen auf den vorpolitischen Raum, wo teilweise Mängel der Parteiorganisation "durch die Stärke der konfessionellen Standesorganisationen" ausgeglichen werden könnten. Aber ihr fehle eine Parteizentrale, die ständig Impulse auszustrahlen vermöchte. Sie trete als Organisation meist überhaupt nicht in Erscheinung, da die Ressortminister, oft ohne Verständigung mit der Parteiorganisation, das Recht der Stellungnahme beanspruchten. Als "entscheidend" wird schliesslich gefordert, dass die CDU endlich ein politisches Programm vorlege, ein Programm, dessen Begründung aus der Sicht der beiden grossen christlichen Konfessionen erfolgen müsse, und das umso dringlicher werde, wie es der SPD gelänge, kirchliche Kreise zur Neutralität zu bewegen. Auf die Dauer müsse eine Anlehnung an kirchliche (soll wohl heissen katholische, E. Red.) Stellungnahmen und ein Sichverlassen auf kirchliche Organisationen den Unions-Charakter gefährden. Gerade weil sich absehen lasse, dass auch zwischen katholischen Laion-Organisationen und der Sozialdemokratie ein ähnliches Verhältnis entstehen werde, wie im evangelischen Bereich, könne die CDU auf eigene Äusserungen zu bestimmten Bereichen der Politik nicht länger verzichten.

Die hier wiedergegebenen Überlegungen zur Situation der CDU vor der Bundestagswahl stehen nicht allein; sie sind Gegenstand der parteiinternen Diskussion seit der Parteikrise vor einem Jahr, als Erhard sich von Adenauer brüskieren lassen musste. Bereits im Frühjahr haben Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion die Frage gestellt, ob Adenauer für den nächsten Wahlkampf noch attraktiv genug sei; und die CSU setzte sich gar offen für Erhard ein. So wird hier lediglich die wachsende Unsicherheit sichtbar, die die Honoratiorenenschaft der CDU befallen hat, nachdem ihr ein Gegner erwachsen ist, der es an Mut, Klarheit des Willens und Popularität mit ihr aufnehmen kann. Mit welchen Waffen wird sie also in den Wahlkampf ziehen können?

Das Schlimmste, was der Demokratie in Deutschland geschehen könnte, wäre zweifellos ein Anlauf der Demagogie und persönlichen und politischen Herabsetzung, denn er würde zur politischen Demoralisierung führen und nur den Feinden der Demokratie Auftrieb geben. Angesichts der Erfahrungen aus der Zeit früherer Wahlkämpfe unter Adenauer und in der Erinnerung an die ihm folgenden Verleumdungsprozesse sollte man jedoch auf alles gefasst sein. Einige Giftspritzer gegen den Berliner Bürgermeister zwingen dazu, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass die um ihre Macht besorgte Regierungspartei sich zu Unbesonnenheiten hinreissen lassen wird und die Regeln der Fairness missachtet. Für Sauberkeit hätte sie nämlich auch in jenem Bereich ihrer Nebenorganisationen und Hilfspublikationen zu sorgen, die zwar materiell von den Fleischtöpfen der Regierung abhängen, nach aussen jedoch sich den Mantel der Unabhängigkeit umgehängt haben. Da aber fängt es bereits an zu happen.

Herbstmanöver in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Alljährlich finden um diese Zeit in Österreich politische Herbstmanöver statt. Regierungsmitglieder, Volksvertreter und Steuerzahler sind vom Sommerurlaub gestärkt und mit neuer Tatkraft zurückgekehrt. Der Durchschnittsösterreicher hat sich, ähnlich wie zu Weihnachten, allzusehr verausgabt; er ist, wie man sagt, "stier" und auch deshalb muss etwas geschehen". Vor allem aber beginnt die neue Parlamentssession und zur Diskussion stehen neben zahlreichen Gesetzesanträgen beider Regierungsparteien die Beratungen über den Bundeshaushaltsplan des kommenden Jahres.

Das alles wäre sozusagen das gewohnte Bild, von dem sich höchstens die erwartete Wiederkehr bestätigen liesse. Doch kommt im diesjährigen politischen Herbst in Österreich noch eine zusätzliche Note dazu, die das gewohnte Bild bereichert: Es ist nämlich für den politischen Beobachter unverkennbar, dass sich die beiden grossen Parteien, ÖVP und SPÖ, um möglichst günstige Ausgangspositionen schon für einen künftigen Wahlgang bemühen. Zwar sind es erst anderthalb Jahre, seit das österreichische Bundesvolk sein jetziges Parlament gewählt hat, das immerhin vier Jahre halten sollte, aber - "man weiss ja nie, was noch kommen kann" ...

Das also gibt den diesjährigen politischen Herbstmanövern den ernsteren Hintergrund: das Beziehen neuer, stärkerer Positionen und dazu die latente Bereitschaft, wieder einmal aufeinander loszuschlagen. Unter den Unsicherheitsfaktoren, die diesen labilen Zustand bewirken, ragt einer an Wirksamkeit offensichtlich hervor: das ist die Ungewissheit über die Zukunftspläne des Bundeskanzlers Ing. Julius Raab. Der neunundsechzigjährige ehemalige Bauunternehmer aus Niederösterreich will wohl gern an Eigensinn und Beharrlichkeit seinem bundesdeutschen Vorbild nacheifern, hat aber in seinem Leben zu wenig Rosen gezüchtet, um über die gleiche physische Ausdauer zu verfügen. Seine besten Parteifreunde bemühen sich daher schon seit langem, ihn vom Sessel des Regierungschefs hinwegzuloben, und er selbst hat, je nach Laune, wiederholt seinen Rücktritt angekündigt oder dementiert. Noch im Frühjahr erklärte er seiner beglückten Umwelt: "Den Chruschtschow

mach' ich noch", womit gemeint war, dass er den Besuch seines sowjetischen Kollegen als Abschluss seiner Laufbahn noch zu geniessen gedenke, doch der blamable Chruschtschow-Besuch ist längst vorbei und Raab ist immer noch da. Inzwischen hat er sich etwas Neues einfallen lassen, was einen Grossteil seiner eigenen Parteigänger teils befremdet, teils sogar schockiert, nämlich die Sache mit der Rückkehr von Otto Habsburg.

Es gibt kaum eine Aktivität, die unpopulärer gewesen wäre. Selbst harmlose Gemüter reiferen Alters, die noch immer über die Tragödie von Mayerling sinnieren, sehen nicht recht ein, warum man dem Schwachbrüstigen vom Starnberger See in Österreich Millionenwerte nachwerfen will. In führenden Kreisen der ÖVP rätselt man darüber, warum der Bundeskanzler auf diese Idee gekommen ist, die der Partei so oder so nur schaden kann. Eine der gängigsten Erklärungen ist, dass Raab seinem präsumtiven Nachfolger "ein Haxerl stellen wollte", das heisst, Schwierigkeiten zu bereiten gedenkt.

Wer dieser Nachfolger sein soll, ist noch gänzlich ungewiss; gewiss ist nur, dass er dem jetzigen Kanzler unsympathisch ist. Der neue ÖVP-Parteivorsitzende Dr. Alfons Gorbach, 62, hat sich in seiner Partei nicht durchsetzen können und scheidet aus dem Kreis der möglichen Kanzlerkandidaten ebenso aus wie der ehrgeizige, vom ÖVP-Arbeitnehmerflügel stammende Handelsminister Dr. Fritz Bock, 50. Hingegen haben berechtigte Aussicht auf die Nachfolge der allgemein geschätzte Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Eduard Hartmann, 56, und der Landeshauptmann von Salzburg, Dr. Josef Klaus, 54.

Die Sozialisten sind derzeit in der glücklichen Lage, sich um das Problem des Generationenwechsels nicht bemühen zu müssen. Sie konzentrieren ihre politische Tätigkeit auf die Durchsetzung ebenso konkreter wie populärer Forderungen. Vor wenigen Tagen haben sie der Öffentlichkeit einen grosszügigen Rentenreformplan vorgelegt. Zusammen mit den Gewerkschaftern verlangen sie überdies mehrere arbeitsrechtliche und sozialpolitische Verbesserungen. Die erste Reaktion von ÖVP-Seite war zwar keine glatte Ablehnung - die wäre zu unpopulär -, jedoch der besorgte Einwand, wovon all dieser soziale Fortschritt bezahlt werden sollte. Die Sozialisten aber verweisen auf die beträchtlich gestiegenen Staatscinnahmen und finden dabei natürlich die volle Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten.

Lufthansa im Aufbau

Von Dr. Paul Bleiss, MdB

Die deutsche Lufthansa hatte einen schwierigen Start. Als sie 1955 den Flugdienst wieder aufnahm, stiess sie auf Wettbewerbspartner, die über einen erheblichen Maschinenpark, teilweise erhebliche finanzielle Reserven und über ausreichende Fachkräfte verfügten. Die vorhandene Sitzkapazität deckte den vorhandenen Bedarf.

Die ungünstigen Startbedingungen liessen es der privaten Wirtschaft wenig ratsam erscheinen, sich an dem neu gegründeten Unternehmen angemessen zu beteiligen. Der Bund wurde Hauptaktionär mit 82,1 Prozent des Grundkapitals, Nordrhein-Westfalen, Deutsche Bundespost, Bundesbahn und andere öffentliche Unternehmungen sind mitbeteiligt. An die Geburtswehen sollte man sich erinnern, wenn in einem späteren Zeitpunkt der Wunsch nach Privatisierung laut werden sollte.

Die Lufthansa baute allmählich ihr Streckennetz auf; der Ausbau ist noch keineswegs abgeschlossen. Im Frühjahr 1961 wird die Linie nach Tokio eröffnet werden. Die spätere Ausdehnung des Flugdienstes auf Zentralamerika und Südafrika ist in Aussicht genommen.

Das Einfliegen einer jeden neuen Strecke ist mit erheblichen Anlaufverlusten verbunden und es bedarf auf jeder Strecke einiger Jahre der Bewährung gegenüber einer eingefahrenen Konkurrenz, bis eine Wirtschaftlichkeit in greifbare Nähe rückt.

Der Bund hat die Anlaufverluste bisher übernommen. Allein für die Jahre 1958 - 1960 war ein Zuschussbedarf von 90 Millionen DM erforderlich, für 1961 sind 47 Millionen DM Zuschüsse vorgesehen. Hinzu kommt für die Jahre 1958/61 eine Kapitalaufstockung von 95 Millionen DM. Damit werden sich die Leistungen des Bundes nicht erschöpfen. Die Modernisierung der Luftfahrt durch Umstellung von Kolben- auf Düsenantrieb und Ergänzung des Maschinenparks erfordert bis 1964 Investitionen in Höhe von 600 Millionen DM, die die Lufthansa aus eigener Kraft nicht finanzieren kann. Diese Investitionen sind erforderlich, wenn die Lufthansa ihren Anteil am Weltluftverkehr absolut und relativ ausweiten will. Beides aber sind unabdingbare Voraussetzungen für eine in absehbarer Zeit erreichbare Wirtschaftlichkeit. Etwas merkwürdig ist allerdings, daß schon wenige Stunden nach den Ausschussberatungen im Bundestag die Lufthansa

einen Investitionsbedarf von 685 Millionen DM anmeldete. Welche Zahl ist nun richtig? Wenn man vom Bund eine sehr weitgehende Hilfe verlangt, dann sollte man auch - gestützt auf einwandfreies Zahlenmaterial - die volle Wahrheit sagen und nicht mit ungefähren Grössenordnungen operieren.

Die Rendite in der Weltluftfahrt ist nicht sehr gross. Sie liegt im Durchschnitt bei ein bis zwei Prozent des Umsatzes. Wenn trotzdem alle bedeutenden Länder Luftfahrt betreiben, dann wahrscheinlich nicht ausschliesslich wegen der bescheidenen Rendite, sondern wegen der schwer abschätzbaren, aber schliesslich nicht unbedeutenden handelspolitischen Nebenwirkungen.

Die Lufthansa ist von der Durchschnittsrendite noch weit entfernt. Sie hat zwar die Kosten je Kilometer von 1,79 DM auf 1,36 DM senken können, der Verlust liegt aber immer noch bei 14 Prozent der Aufwendungen. Der Vorstand der Gesellschaft hofft, bis 1964 den Verlust auf drei Prozent der Aufwendungen senken zu können. Erfüllen sich diese Erwartungen, dann ist der Zustand zwar erträglicher, aber noch immer unbefriedigend. Defizite mahnen immer zur Rationalisierung. Das gilt auch für die Lufthansa. Der Bundesrechnungshof hat ein Gutachten vorgelegt. Die Hauptpunkte der Kritik werden auch die zuständigen Ausschüsse des Bundestages beschäftigen. Wahrscheinlich unter dem Eindruck des Gutachtens hat der Vorstand der Lufthansa angekündigt, die Güte der Lufthansadienste am Boden und in der Luft zu verbessern, die Hauptverwaltung zusammenzulegen und den Betrieb zu rationalisieren.

Wesentlich für die künftige Entwicklung sind die Bemühungen um ein Zustandekommen der Air-Union. Die Air-Union würde neben der Lufthansa die Air France, die Alitalia und die Sabena (Belgien) umfassen und es sollte möglich sein, auch die KLM (Holland) mit einzubeziehen. Erst ein gut organisierter Zusammenschluss dieser Gesellschaften würde eine gewisse Garantie dafür bieten, dass die Air-Union auch bei zunehmendem Kapazitätsdruck sich im interkontinentalen Hauptstreckenflug gegenüber den amerikanischen Gesellschaften durchsetzen kann, umso mehr, als durch eine vernünftige Poolung des innereuropäischen Luftverkehrs manche Doppelgleisigkeit beseitigt werden könnte. Rationelle Erwägungen sollten bei den kommenden Verhandlungen die Prestig Sorge überwinden. In der Vereinigung liegt der Schlüssel zur Wirtschaftlichkeit.

Ein Schandfleck im Zonengrenzgebiet

B.P. - Hannover

Die niedersächsische Landesregierung unter Hinrich Wilhelm Kopf will in den nächsten vier Jahren sämtliche Barackenlager verschwinden lassen, die sich in Niedersachsen befinden. In diesem Lande befinden sich allein zwei Drittel aller Lager des Bundesgebietes. Das "Vierjahres-Programm" soll mit Hilfe des Bundes verwirklicht werden.

Im Zuge der Barackenbeseitigung hat die niedersächsische Landesregierung in den letzten Jahren durchschnittlich 1800 Wohneinheiten jährlich erstellt. Im laufenden Rumpfgeschäftsjahr will es das Land sogar auf 4850 Wohnungen und im Jahre 1961 auf etwa 3000 Wohnungen im Zuge der Barackenräumung bringen. Voraussetzung hierfür ist aber die Unterstützung des Bundes, zu dem Niedersachsen bei der bisherigen Barackenräumung schon bis an die äußerste Grenze seiner Finanzkraft gegangen ist.

An nicht wenigen Stellen dieses Landes im Schatten der Zonengrenze zeigt sich absolut nichts vom sogenannten "Wirtschaftswunder". In Niedersachsen leben noch viele tausende Menschen in Baracken. Generationen wuchsen schon hinter morsche Bretterwände auf - einmal die Jahrgänge, die 1945 im Pubertätsalter waren, zum anderen die Kinder, die in Baracken das Licht der Welt erblickten und seitdem nicht mehr aus der Baracken-Atmosphäre herauskamen. Hier offenbart sich ein soziales Unrecht, das den Unterschied zwischen reich und arm nicht deutlicher zu schildern vermag.

Das erschütterndste Bild, das der Ausschuss für Aufb- und Siedlungs- wesen des niedersächsischen Landtags mit nach Hause nähme, sei die Tatsache, daß die früheren Reichswerke als Bundesunternehmen auf ihren und als ihren Besitz Baracken und Blendsquartiere haben, sagte der Vorsitzende dieses Ausschusses, MdL Post, nach Abschluß eines Besuches in der niedersächsischen Großstadt Salzgitter. Der niedersächsische Landtagsausschuß kam in Salzgitter zu der Erkenntnis, daß es dringend geboten sei, gemeinsame Wege - nicht zu Lasten des Landes und auch nicht zu Lasten der Stadt Salzgitter zu suchen, um "diesen Schandfleck im Zonengrenzgebiet zu beseitigen". - Hier sei ein Sozialproblem zu lösen, mit diesem Hinweis traf der Ausschussvorsitzende den Nagel auf den Kopf, denn in dieser 109 000 Einwohner zählende Großstadt lebt noch etwa jeder 20. Bürger in Baracken und Notquartieren.

Neben den Bemühungen, in den nächsten vier Jahren im ganzen Lande Niedersachsen die Baracken verschwinden zu lassen, will das niedersächsische Parlament gemeinsam mit seiner Regierung für Salzgitter eine Art von Sonderprogramm erwirken. Dies dürfte sich aber nur dann verwirklichen lassen, wenn die Bundesregierung den akuten Notstand und das hiermit im Schatten des "eisernen Vorhanges" liegende Politikum erkennt. + + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler